

Waffen in Volkes Hand

Vor 55 Jahren wurde die NVA gegründet

Generalleutnant a.D. Dipl.rer.mil. Manfred Volland
Mitglied des ISOR Vorstandes

Mit der Geburtsstunde der Nationalen Volksarmee der DDR am 1. März 1956 begann ein Kapitel einmaliger deutscher Militärgeschichte. Aus dem Volke kommend, entstand erstmalig in der deutschen Geschichte eine Armee für das Volk, geführt von aufrechten deutschen Patrioten und Antifaschisten. Sie entstand auf der Grundlage des Gesetzes der Volkskammer vom 18. Januar 1956.

Willi Stoph sagte in seiner Begründung des Gesetzes: „Diese Volksarmee, deren Angehörige aus den Reihen des Volkes kommen, soll im Interesse der Werktätigen den militärischen Schutz der Heimat und der demokratischen Errungenschaften gewährleisten. Damit wird die DDR zugleich ihren Beitrag zu den gemeinsamen Bemühungen der verbündeten sozialistischen Staaten im Kampf um die Sicherheit ihrer Länder und um die Erhaltung des Friedens leisten.“ An diese Orientierung hat sich die NVA in ihrer 34-jährigen Existenz konsequent gehalten.

Sie kann für sich in Anspruch nehmen, dass sie sich in den Jahren ihres Bestehens an keinerlei kriegerischen Handlungen beteiligt hat und ihre Soldaten nicht zu Kriegseinsätzen ins Ausland schickte.

Die Völker der Welt haben deutsche Armeen ganz anders kennengelernt. Die schlimmsten Kriege des letzten Jahrhunderts gingen auf deutsches Konto. Deutsche Armeen waren in der Welt gehasst und gefürchtet, weil sie den Völkern millionenfach Tod, Elend und grenzenlose Zerstörung brachten. Auch heute marschiert die Bundeswehr in gleichem Schritt und Tritt mit, wenn es um die Durchsetzung ökonomischer Interessen der Mächtigen der westlichen Welt geht. Die Teilnahme der Bundeswehr an den Kriegen gegen Jugoslawien und gegen Afghanistan ist in keiner Weise gerechtfertigt und legitimiert. Mit der bevorstehenden Reform

der Bundeswehr und der Umwandlung in eine Berufsarmee wird deren Interventionsfähigkeit weiter erhöht. Die Welt wird das sicher nicht als Friedensbotschaft deutscher Militärpolitik wahrnehmen. Diesbezüglich befindet sich die Bundeswehr in den verhängnisvollen Traditionen vergangener deutscher Armeen.

Erstmalig in der deutschen Militärgeschichte und auch einmalig bis heute gab es von 1956 bis 1990 mit der NVA eine deutsche Armee, auf die die Völker Europas mit Vertrauen blicken konnten, vor der sie sich nicht zu fürchten brauchten. Sie hat einen bedeutenden Anteil daran, dass es nach dem 2. Weltkrieg eine 50-jährige Friedensperiode gab. Dafür gebührt noch heute allen Verantwortlichen, den militärischen Führungskadern und allen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten am Vorabend des 55. Jahrestages der Gründung der NVA hohe Anerkennung und Dank.

Die Nationale Volksarmee war eine gut ausgebildete, gefechtsbereite Armee, die im Bestand des Warschauer Vertrages in vorderster Linie das militärstrategische Gleichgewicht mit garantiert hat. Damit gebührt auch ihr das Verdienst, dass in der Nachkriegsperiode, in der Zeit des Kalten Krieges, im Atomzeitalter, die todbringenden Vernichtungswaffen in den Arsenalen blieben und letztlich die Vernunft in den Beziehungen zwischen den Völkern die Oberhand gewann. Im Einklang mit der politischen und militärwissenschaftlichen Erkenntnis aller Warschauer Vertragsstaaten waren wir uns bewusst, dass alles getan werden musste, einen Krieg zu verhindern, der, einmal begonnen, zwangsläufig zu einer atomaren Auseinandersetzung eskaliert wäre. Folgerichtig wurde deshalb in der politischen Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 5. Januar 1983 festgestellt:

„In einem Kernwaffenkrieg, würde er entfesselt, kann es keine Sieger geben. Er würde unabweichlich zum Untergang ganzer Völker, zu kolossalen Zerstörungen und katastrophalen Folgen für die Zivilisation und das Leben auf der Erde überhaupt führen.“

Auf dieser Erkenntnis beruhten die vielseitigen Vorschläge des Warschauer Vertrages zu Beginn der 80-er Jahre zur Rüstungsbegrenzung und die vertrauensbildenden Maßnahmen zur Eindämmung und Beseitigung von Konfliktherden, so auch das einseitige Moratorium der UdSSR zur Aufhebung der Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa. Von großer Bedeutung war die Versicherung der Sowjetunion vor der UNO, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen und die Vorschläge der DDR, in Deutschland eine nuklearwaffenfreie Zone zu schaffen bis hin zu einseitigen Abrüstungsmaßnahmen, der Verringerung der Personalstärke und Bewaffnung der NVA. Damit hatten wir der Welt überzeugend klar gemacht, dass wir es mit der Kriegsverhinderung ernst meinten und auch entsprechend danach handelten. Leider blieben analoge Reaktionen seitens der NATO in Form äquivalenter Gegenleistungen zu dieser Zeit aus. Solange sich die NATO und der Warschauer Vertrag unversöhnlich mitten in Europa, mit der Trennlinie in Deutschland, gegenüberstanden, gebot es die Logik, neben den konkreten Schritten zum Abbau der Konfrontation keinen Augenblick eine Verletzung des militärstrategischen Gleichgewichts zuzulassen und die Gefechtsbereitschaft der Truppen zu vernachlässigen. Voraussetzung dafür war die Fähigkeit der Truppen der Vereinten Streitkräfte, allen Bedrohungen und Gefahren seitens der NATO gewachsen zu sein und mögliche Militärschläge erfolgreich abzuwehren.

Die NVA war unter diesen konkreten zeitlichen Bedingungen mit hochmoderner Kampftechnik ausgerüstet. Alle Teilstreitkräfte, die Landstreitkräfte, die Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, die Volksmarine, sowie die Grenztruppen der DDR hatten einen solchen Stand der Befähigung, dass alle im Vereinten Kommando des Warschauer Vertrages abgestimmten und festgelegten Aufgaben zum Handeln im Koalitionsbestand erfolgreich hätten erfüllt werden können. Im Laufe der Jahre hatte die NVA einen hervorragend ausgebildeten Kaderbestand entwickelt, der befähigt war, die hohen Anforderungen an das Militärwesen zu meistern. Tausende Kader wurden auf den sowjetischen Militärakademien, einschließlich der Generalstabsakademie, der Militärakademie der NVA „Friedrich Engels“, den Offiziershochschulen aller Teilstreitkräfte, sowie den Unteroffiziers-

schulen ausgebildet und weiterqualifiziert. Von der Kompanie bis zur Division und Armee standen an der Spitze hoch motivierte, militärisch befähigte Kommandeure, die das Prinzip der modernen Truppenführung beherrschten und in der Praxis umsetzten.

Die Waffengattungen und Dienste Artillerie, Raketentruppen, Truppenluftabwehr, chemische Dienste, Pioniertruppen, Nachrichtentruppen, technische Dienste, Rückwärtige Dienste verfügten über die erforderlichen Spezialisten, die ein erfolgreiches Zusammenwirken im Gesamtbestand der Armee, sowohl unter Gefechtsbedingungen, als auch im täglichen Truppenleben, sicherten. Dazu zählten auch die vielen Tausend Zivilbeschäftigten in der NVA, die ihren spezifischen Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben leisteten. Sie alle haben ihre Verbundenheit zu ihrem Staat, der DDR, täglich, oft unter Zurückstellung ihrer persönlichen Probleme, überzeugend bewiesen. Mit hoher Bereitschaft haben sie ihre Pflichten über Jahrzehnte in der NVA erfüllt und damit ihren Dienst am Volke geleistet. Sie alle können heute auf erfüllte Biographien zurückblicken und brauchen sich wegen ihrer Vergangenheit nicht zu schämen. Es kann sie mit Stolz erfüllen, in einer Armee gedient zu haben, die während ihrer 34-jährigen Existenz eine wahre Armee des Volkes war, die Friedenssicherung und nicht Kriegsführung auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

Schon bei ihrer Gründung 1956 berief sich die NVA auf die antifaschistischen, revolutionären und fortschrittlichen deutschen Militäraditionen. Die Kasernen und Truppenteile trugen die Namen jener, die sich in der Geschichte besonders für das Volk, für sozialen Fortschritt, gegen Faschismus und Krieg, für Humanismus und den Kampf um den Frieden verdient gemacht haben. Diese Traditionen wurden in der NVA gepflegt und waren fester Bestandteil der patriotischen Erziehung. Bis 1989 standen an der Spitze der NVA im antifaschistischen Kampf erprobte, militärisch bestens qualifizierte Persönlichkeiten als Minister: die Genossen Willi Stoph, Heinz Hoffmann und Heinz Keßler. Admiral Theo Hoffmann hat im letzten Jahr der Existenz der NVA diese Traditionslinie fortgesetzt. Sie waren in der Armee hoch geachtet und geschätzt. Der Anstand und die Würde, die Achtung vor diesen Persönlichkeiten der DDR verbietet jegliche Gleichsetzung mit den 15 Verteidigungsministern der BRD seit 1955, sowohl was Herkunft, militärische Befähigung als auch Verbundenheit mit den Soldaten betrifft.

Im Gegensatz zu den vergangenen deutschen Armeen war der Dienst in der NVA stets Dienst am Volke, für das Volk. Der Schutz der Errungenschaften der Werktätigen der DDR, einschließlich des Schutzes des sozialistischen Eigentums, war das eigentliche Anliegen des Militärdienstes in der NVA.

Verfassungstreu haben die Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere, Generale und Zivilbeschäftigten 34 Jahre ihre Pflicht gegenüber der DDR erfüllt.

Verfassungstreu haben auch die Führungskader der NVA in den Herbsttagen 1989 gehandelt, als sie den Einsatz der Waffen zu keinem Zeitpunkt der Entwicklung der Ereignisse in Betracht gezogen haben. Wenn ab und an die Frage gestellt wird, warum die NVA als moderne und starke bewaffnete Kraft der DDR nicht mit Waffengewalt den Fortbestand des Sozialismus gesichert hat, kann es nur eine eindeutige Antwort geben:

Die NVA war dazu nicht legitimiert, nicht bereit und auch nicht befähigt.

Der Charakter unserer Armee als Armee des Volkes ließ einen Einsatz gegen das Volk nicht zu. Ihr Verfassungsauftrag bestand darin, die DDR gegen alle Angriffe von außen zu schützen.

Ausmaß und Folgen eines Eingreifens der NVA im Innern wären unverantwortlich gewesen und hätten den Untergang der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR nicht verhindern können. Auch die ruhmreiche Sowjetarmee, die den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg errungen und den Faschismus vernichtend geschlagen hat, war nicht in der Lage, die Sowjetunion und ihre sozialistischen Errungenschaften gegen konterrevolutionäre Kräfte, so wie sie auf den Plan getreten sind,

zu verteidigen. Das hätte die sozialistische Staatengemeinschaft viele Jahre früher, durch gemeinsam abgestimmte ökonomische, gesellschaftliche und staatliche Maßnahmen garantieren müssen.

Militärisch waren die Armeen des Warschauer Vertrages, auch die NVA, in der Lage, jegliche Angriffe von außen abzuwehren und so den Fortbestand und die weitere Entwicklung des Sozialismus zu verteidigen und zu schützen.

Die NVA hat in ihrer 34-jährigen Geschichte das für das Volk und den Frieden getan, was maximal möglich war. Sie hat ihren Platz in der Geschichte gefunden.

(redaktionell gekürzt, vollständiger Wortlaut siehe www.isor-sozialverein.de, Absatz Reden & Aufsätze)

Aus der Arbeit des Vorstandes

Eine ISOR-Delegation wird an der Festveranstaltung des Traditionsverbandes der NVA zum 55. Jahrestag der NVA teilnehmen. ISOR wird den Traditionsverband der NVA weiterhin kameradschaftlich unterstützen und mit ihm in Verbindung bleiben.

★

Schatzmeister Hans-Peter Speck informierte, dass der Haushaltsplan für 2010 planmäßig realisiert wurde. Die Abrechnung des Jahresplanes 2010 und der Plan für 2011 werden dem Vorstand in der nächsten Sitzung vorgelegt.

★

Der Vorstand beschloss, im März eine Konzeption zur Vorbereitung des 20. Jahrestages von ISOR zu beraten.



Am 15. Dezember 2010 fand unsere Wahlveranstaltung der TIG **Marzahn** statt. Vor ca. 60 Teilnehmern wurde eine gute Bilanz der Arbeit unserer TIG in den letzten Jahren gezogen. Zu Beginn der Veranstaltung erhoben sich alle Anwesenden von den Plätzen, um unserer verstorbenen Mitglieder zu gedenken. Dann erstattete unser Vorsitzender Horst Reichardt den Bericht des Vorstandes.

Er verwies auf vielfältige Aktivitäten unserer Mitglieder, nicht nur in unserer TIG sondern auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Viele sind geachtete Mitglieder ihrer Gremien oder gehen als treibende Kraft voran. Das belegen Würdigungen und Auszeichnungen und eröffnet uns Möglichkeiten, das Grundanliegen von ISOR wirksam in der Öffentlichkeit zu vertreten. Solidarität ist einer unserer Grundwerte, das kommt in vielfältigen Aktionen zum Tragen. Wir sind ein Sozialverband, der sich um seine Mitglieder bemüht und kein Traditionsverein, wie versucht wird, uns zu unterstellen. Unsere Mitgliederbetreuung nehmen wir sehr ernst, sie soll auf noch höherem Niveau stattfinden.

Die durchgeführten Veranstaltungen hatten einen hohen politischen Wert. Stellvertretend sei an die Zusammenkünfte mit Gisela Steineckert, Dr. Hans Modrow, Prof. Dr. Moritz Mebel und Dr. Peter Michael Diestel erinnert.

In Zukunft soll die Zusammenarbeit mit der TIG Hellersdorf intensiviert werden.

Den Finanzbericht unserer TIG erstattete unsere Schatzmeisterin Sigrid Leimer. Sie hat die Hauptkassierung im II. Halbjahr 2006 von Hanna Klein übernommen, deren verlässliche und exakte Arbeit nochmals Würdigung fand. Sigrid Leimer dankte allen Mitgliedern unserer TIG, die regelmäßig ihren Beitrag zahlen und darüber hinaus noch Spenden entrichten. Besonderer Dank gilt den Betreuern, die die Kassierung und den Vertrieb unserer Zeitungen ermöglichen. Durch 18 Neuaufnahmen ist der Mitgliederstand gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Viele Kassierer sind schon seit der Gründung von ISOR aktiv. sieben von ihnen sind bereits über 80 Jahre alt, neun im Alter zwischen 75 und 80 Jahren.

2009 hatte unsere TIG sechs nicht kassierte Beiträge zu verzeichnen. Auch die Neueinstufung unseres Vereins durch das Finanzamt wirkt sich aus. Wir müssen auf 90% unserer Beiträge 19% Mehrwertsteuer zahlen, bisher waren es 80%. Von den Einnahmen aus Beiträgen und Spenden stehen 15% für die Arbeit in unserer TIG zur Verfügung. Spenden werden ausschließlich für die Vereinsarbeit verwendet.

Johannes Auerswald gab den Bericht der Revisionskommission ab. Er löste 2007 Horst Müller als Vorsitzender der Revisionskommission ab, dem nochmals für seine Arbeit gedankt wurde. Regelmäßig wurden halbjährliche Berichte erarbeitet, die die ordnungsgemäße Arbeit unserer TIG bescheinigen. Sie werden in der Tätigkeit des Vorstandes umgesetzt. Übergeordnete Prüfungen verliefen stets ohne Beanstandungen. Ca. zwei Drittel unserer Ausgaben dienten der Mitgliederpflege, ein Drittel waren andere Ausgaben (z.B. Fahrkosten für Vereinstätigkeiten). Für Veranstaltungen aufgewendete Mittel zeigten nicht immer das erwartete Ergebnis. Eine stärkere Nutzung durch unsere Mitglieder ist auch unter diesem Aspekt wünschenswert. Dazu soll auch der Info-Blitz (Informationsblatt des TIG-Vorstandes für seine Mitglieder – d. Red.) einen Beitrag leisten. Dank gilt besonders nochmals allen, die ihre Kraft und Initiative bei der Unterschriftensammlung für unsere Petition eingesetzt haben.

Vor der anschließenden Wahl wurden alle Berichte durch die Mitgliederversammlung bestätigt und der Vorstand entlastet. Die aufgestellten Kandidaten zur Wahl wurden einstimmig gewählt und werden die Tätigkeit unserer TIG in Zukunft verantworten.

Im dritten Jahr in Folge wurden zum Jahresende 2010 Mitglieder der TIG **Marzahn** durch die Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung Frau Wermke und durch die Bezirksbürgermeisterin Frau Pohle im Ehrenamt ausgezeichnet. Waren es in den Jahren 2008 und 2009 Mitglieder, die eine gute ehrenamtliche Arbeit im Vorstand als Hauptkassierer und in der Rechtsgruppe leisten, wurden 2010 Leistungen von Gruppenbetreuern geehrt.

Es waren Gruppenbetreuer der ersten Stunde. Es sind solche aktive Mitglieder, die als ehemalige Angehörige des Mdl trotz ihres hohen Alters (über 75 und 80 Jahre alt) schon von Anfang an als Betreuer tätig sind.

Hans-Peter Fritzsche

Aus der Postmappe

Unter unseren Mitgliedern steht die rentenrechtliche Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen noch in der Diskussion. Es werden auch Fragen zur Anerkennung von Geldprämien und einmaligen Zahlungen für das Dienstalter gestellt.

Nach meiner telefonischen Anfrage bei der Versorgungsstelle des Landes Brandenburg erhielt ich die Auskunft, dass bei den Zulagen und Zuschlägen auch die nachgewiesenen Geldprämien als rentenrechtliches Einkommen berücksichtigt werden. Diese Prämienzahlungen sind nicht auf den Besoldungsunterlagen vermerkt. Sie sind im Personalbogen der Kaderakte vermerkt. Deshalb sollte vor jedem Antrag auf Neuberechnung des Entgeltbescheides Einsicht in die Kaderakte genommen werden.

Der Verbleib der Kaderakte (Sonderversorgungssystem Mdl) kann bei der zuständigen Renten- oder Versorgungsstelle erfragt werden. Die mögliche Berücksichtigung dieser Prämienzahlungen wird natürlich nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze als rentenrechtliches Einkommen berücksichtigt. Jedes Mitglied sollte seine Dienstzeit beurteilen und prüfen, ob sich die Einsicht in die eigene Kaderakte und die Beantragung zur Anerken-

nung seiner Geldprämien als rentenrechtliches Einkommen lohnt. Die Beweisführung für die Prämienzahlung liegt bei jedem Anspruchsberechtigten. Die Kaderakte für die ehemaligen Mitarbeiter des Mdl als Dienststelle befinden sich beim Bundesverwaltungsamt in Berlin. Selbst aktiv werden kann sich auch in dieser Angelegenheit lohnen.

Hartwig Müller

★

Ein nicht veröffentlichter Leserbrief... Pressefreiheit und Meinungsvielfalt?

In diesem Fall bezeichne ich mich selbst als konservativ: Seit 1966 bin ich ununterbrochen Leser der „Schweriner Volkszeitung“ (SVZ), bis 1989 Organ der Bezirksleitung der SED, dann gewendet, 1991 zur Vergrößerung des Imperiums an Herrn Burda und vor 4 Jahren an einen schleswig-holsteinischen Verlag verkauft. Die neuen Eigentümer kehrten in der Redaktion kräftig aus, dann wurde die Mantelredaktion gen Westen verlegt. Bestandskräftig blieb nur der Name der Zeitung (weil damit auf dem hiesigen Markt gut eingeführt). Ob sie noch eine Zeitung ist, die den Namen „Volks...“ rechtfertigt, darf hinterfragt werden. Eine Volkszeitung muss Meinungsvielfalt abbilden und alle diejenigen einschließen, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Leserbriefe gehören dazu. Gute Aussichten gedruckt zu werden haben in der SVZ dabei solche, die sich abwertend über die DDR äußern. Beiträge, die zur Versachlichung und Objektivierung beitragen, werden dagegen ignoriert. Über viele Jahre habe ich hin und wieder selbst in Leserbriefen Position bezogen und sie wurden abgedruckt. Die jetzigen Eigentümer recherchieren und selektieren offensichtlich nach zeitgeistgemäßer Ausrichtung. Was nicht in dieses Weltbild passt, wird unter den Tisch gekehrt. Nachfolgend mein letzter Versuch, mit einem Leserbrief auf einen redaktionellen Beitrag von Uwe Reißenweber (freier Journalist) in der „Schweriner Volkszeitung“ vom 10. 11. 2010 mit dem Titel Herr Warnke und die Welterklärer - Eine Führung durch den MfS-Knast (gemeint ist Berlin-Hohenschönhausen) zu reagieren.

Wieder einmal muss das Thema „Unrechtsstaat DDR und Stasi“ herhalten, um dem heutigen bundesdeutschen, unbelehrbaren oder unwissenden Staatsvolk beizubringen, dass ein Leben in der kapitalistischen (lediglich parlamentarischen Schein-) Demokratie

alle mal wertvoller ist als in der sozialistischen Demokratie der untergegangenen DDR. Und das trotz, nein wegen Millionen von Arbeit befreiter Menschen, prekärer Arbeitsverhältnisse die nicht zum Leben reichen, zunehmender Armut der unteren Bevölkerungsschichten, Suppenküchen, Sozialkaufhäusern und permanenter Verteilung des Reichtums von unten nach oben. Begriffsfloskeln und Worthülsen einerseits und das böse Beispiel andererseits sind dazu beliebte Instrumente. Auch das geringste Positive an der DDR wird daher diskreditiert und als unwert dargestellt. Von Hubertus Knabe ist man das seit Jahren gewohnt; dem Manne sträuben sich offensichtlich bereits die Nackenhaare, wenn er nur an die DDR als das Übelste in der deutschen Geschichte denkt und den Faschismus mit dem Sozialismus auf eine Stufe stellt. Er verdient ja auch gut an seinem Job und die große Politik und dieses System brauchen ihn: Das Beispiel DDR und seine gesellschaftliche Alternative haben nicht nur Konrad Adenauer tief in den Knochen gesessen. Nur, dieser Mann war sich selbst treu bis zum Lebensende und nannte die DDR nie bei ihrem Namen sondern stets nur als „Zoffjetzone“. Heute wird daher verfeinert vom „Unrechtsstaat DDR“ gesprochen; das verkauft sich offensichtlich besser. Stellen Sie Herrn Knabe doch mal die Frage, ob die BRD gerade deshalb ein Rechtsstaat ist, weil sie in den 50-er, 60-er und 70-er Jahren sehr rigide - mit allen staatlichen, juristischen und geheimdienstlichen Mitteln - alle Bundesbürger und Organisationen verfolgte (strafrechtlich und mit Berufsverboten), die sich zu kommunistischer Überzeugung oder anderen alternativen, nicht systemkonformen politischen Anschauungen (z.B. Deutsche Friedensunion) bekannten, sich entsprechend betätigten oder derartigen Organisationen angehörten. Es dürfte bekannt sein, dass in der BRD ein DKP-Mitglied nicht einmal Briefträger sein durfte, vom Angestellten oder Beamten im öffentlichen Dienst ganz zu schweigen.

Als Steuerzahler und Zeitungsleser frage ich mich schon, warum es Journalisten und Redakteure gibt, die diesem Manne die so sehr von ihm benötigte Öffentlichkeit organisieren? Ist es vorauseilender Gehorsam, Sensationsgier oder nur Unwissenheit? Und wo beginnt und endet die Sorgfaltspflicht? Darf man ungeprüfte Informationen als gegeben einfach so hinnehmen und verbreiten?

Nur ein Beispiel: In Spalte vier des besagten Beitrages wird als Zeichen des „Unrechtsstaates DDR“ Herr Knabe wie folgt zitiert: „Sie haben sogar einen eigenen Paragraphen für Menschen geschaffen, die mehrmals Ausreiseanträge gestellt haben - Belästigung der Staatsorgane hieß der Straftatbestand“. Diese Feststellung ist schlichtweg unwahr, also eine Lüge. Zu keiner Zeit der Existenz der DDR hat es einen Straftatbestand „Belästigung der Staatsorgane“ gegeben! Eine einfache Recherche im StGB der DDR und den einschlägigen Lehrkommentaren (immer öffentlich zugänglich gewesen) hätte Herrn Reißweber bereits zu dieser Erkenntnis gebracht. Hier ist er wohl der Verunglimpfungsabsicht des Herrn Knabe aufgesessen und das sicherlich mit der Absicht und Wirkung, dass der unbedarfte Leser das so hinnimmt und womöglich auch noch glaubt. Die Feststellung ist berechtigt, dass mit Lügen, Halbwahrheiten, Entstellungen und Miesmacherei nicht im entferntesten auch nur je die Geschichte der untergegangenen, angeschlossenen, vereinnahmten und abgewickelten DDR aufgearbeitet wird. Von Objektivität will ich erst gar nicht sprechen - die erwarte ich unter diesen Verhältnissen nicht. Denn Objektivität setzt Unvoreingenommenheit voraus und die Fähigkeit, jegliche historische Prozesse und Entscheidungen in den Kontext zeitnaher politischer (nationaler und internationaler) Zusammenhänge zu stellen. Dazu ist bisher nur eine Minderheit Historiker, Politiker und Journalisten bereit. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die Zeit kommen wird, wo die Wahrheit wieder die Oberhand gewinnt und die DDR als der Versuch einer sozialistischen gesellschaftlichen Alternative in die Geschichte eingeht.

Karl Bachmann, Schwerin

NS. Der Chefredakteur der SVZ hat offensichtlich entschieden, auf diesen Brief nicht zu reagieren und demonstriert damit sein Verständnis von Pluralismus, Meinungsvielfalt, Meinungsfreiheit und Pressefreiheit.



Gedanken eines Mitglieds zum Jahreswechsel

Am Beginn des neuen Jahres blicke ich nochmals auf 2010 zurück; was haben wir gemeinsam gegen Rentenstrafrecht, Diskriminierung, Verleumdung und Ausgrenzung erreicht? Ich denke, wir können eine positive

Bilanz ziehen - ohne bereits von einem durchschlagenden Erfolg sprechen zu können. Als Höhepunkt betrachte ich die öffentliche Anhörung unseres Vereins vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, die wir mit über 73.500 Unterschriften gegen das Rentenstrafrecht erzwungen haben. Horst Parton überzeugte mit sachlichen Argumenten – ohne jegliche Polemik – mit vielen Fakten unterlegt und Verweisen auf das Grundgesetz der BRD.

Mir zeigt dieses Beispiel, dass ISOR in der Lage ist, sich Gehör zu verschaffen. Hervorheben möchte ich zugleich das sozialwissenschaftliche Gutachten, das im Auftrag von ISOR von unabhängigen Wissenschaftlern erarbeitet wurde und eine unschätzbare Hilfe für unser juristisches Vorgehen ist. Natürlich dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Ich denke hier nur an den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Juli 2010, der eindeutig die politisch dominierte (also nicht „unabhängige“) Rechtsprechung des höchsten Rechtsorgans der BRD demonstriert. Ich weiß, dass jeder Schritt vorwärts in unserer Sache nur mit großen Anstrengungen erreichbar ist und auch Niederlagen einzukalkulieren sind. Aber lassen wir uns davon entmutigen? Wie gut, dass wir in unserem Kampf um Rentengerechtigkeit viele Mitstreiter an unserer Seite wissen, wie die Partei DIE LINKE, die GRH, den BRH, den DBwV Kameradschaft Ost, die Volkssolidarität und das Ostdeutsche Kuratorium der Verbände mit seinen Mitgliedsorganisationen.

Ich selbst bin, vertreten durch das Rechtsanwaltsbüro Bleiberg, Kläger vor dem Sozialgericht wegen meiner Straffrente und gebe die Hoffnung nicht auf, dass die bisherige Straffrentenpraxis als verfassungswidrig verurteilt und damit unvereinbar mit dem Grundgesetz ist. Erfolg wird uns nur beschieden sein, wenn wir fest zusammenstehen und sich noch mehr Mitglieder entsprechend ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten für unsere gemeinsame gerechte Sache einbringen.

Ich blicke optimistisch auf die vor uns liegende Wegstrecke - auch, wenn der Weg steinig ist. Jetzt aufzugeben wäre dagegen falsch und würde nur denen das Wort reden, die uns nicht nur um unsere berechtigten Rentenansprüche sondern auch um unsere Ehre als gelebte DDR-Bürger bringen wollen.

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 4

Ich nutze diese Gelegenheit, um mich insbesondere bei unserem Vereinsvorsitzenden Horst Parton und den Mitgliedern des zentralen Vorstandes in Berlin - eingeschlossen hierin das Vorstandsmitglied Siegfried Felgner und unser Beiratsmitglied Manfred Jonischkies -, unserem Schweriner TIG-Vorsitzenden Lothar Voigt ebenso den rührigen Mitgliedern des Vorstandes und meinem Gruppenbetreuer Manfred Wilhelm für ihr besonderes Engagement zu bedanken. Möge es uns gemeinsam gelingen, das Rentenstrafrecht und die gesellschaftliche Ausgrenzung unserer Mitglieder zu überwinden.

Reinhard Walter, Schwerin

Auf dem Büchermarkt

Horst Jäkel (Hrsg.)

DDR – Realität und Hoffnung

Erlebnisse, Betrachtungen, Erkenntnisse, Dokumente

(GNN – Verlag Schkeuditz 2010)

ISBN 978 – 3 89819 – 343 – 6

Preis: 20,00 €

Seit 2003 kommen in einer sehr zu empfehlenden thematisch geordneten Buchreihe des GNN – Verlages unter dem Dachtitel „Als Zeitzeugen erlebt – Spuren der Wahrheit“ bisher 285 Autoren zu Wort, die „ein Forum (suchten und brauchten), das ihnen Presseerzeugnisse, Funk und Fernsehen in ihrem Land nicht bieten“, wie es im Vorwort 2010 des soeben erschienenen sechsten Bandes dieser Reihe heißt, das weiteren rund 60 Autoren eine Plattform bietet und sie mit wertvollen und lesenswerten Beiträgen weiterführt.

Bisherige Titel der Unabhängigen Autoren-gemeinschaft :

2003: Vereinnahmung der DDR

2005: Bewahrenswertes DDR – Erbe

2007: DDR- Erfahrungen für eine sozialistische Zukunft

2008: DDR – unauslöschbar

2009: Vermächtnis DDR

Im vorliegenden Buch (484 Seiten, zahlreiche Abbildungen) berichten – sachlich oder emotional – überwiegend Menschen, die über weite Lebensphasen Bürger der DDR waren, wie sie den sozialistischen Staat wirklich wahrnahmen. „Die Autoren eint der Wille“, heißt es im Vorwort, „sich nicht von anderen vorschreiben zu lassen, wie sie ihr eigenes Leben, Erleben zu bewerten haben.... Sie leiten aus der erlebten Realität die begründete Hoffnung ab, dass die kapitalistische Ausbeuterordnung nicht alternativlos ist.“

Bezugsmöglichkeit: GNN Buchversand, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel.: 034204 / 65711

Von Mitglied zu Mitglied

Urlaub jetzt planen!

Hotelpension in der **Lausitz** – sehr schöne ruhige Lage am Teichgebiet Niederspree EZ / DZ und FEWO; Fahrradausleihe Großer Garten für Sport und Spiel ND zum Frühstück – „Fragen an das MfS“ auf dem Nachttisch – Viel Ausflugsmöglichkeiten
Prospekt: Tel.: 035894 – 30470 oder www.pensionweiser.de

★

Komf. FEWO/-Zi. 4 Sterne, Prosp. Anf.

Schleusingen/Thür, Nähe Rennsteig

036841 47598 oder www.ratschererhoehe.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 26.01.2011

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 23.02.2011

Einstellung im Internet: 04.03.2011

Auslieferung: 10.03.2011

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden 1. und 3. Donnerstag d.M. von 15 bis 17 Uhr